



## JAHRESBERICHT 2012/2013

**Verein der  
Bayerischen  
Chemischen  
Industrie e. V.  
VBCI**

**Verband der  
Chemischen  
Industrie e. V.  
Landesverband  
Bayern**

Innstraße 15, 81679 München  
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33  
[vbci@vbci.de](mailto:vbci@vbci.de), [vci@lv-bayern.vci.de](mailto:vci@lv-bayern.vci.de)  
[www.die-bayerische-chemie.de](http://www.die-bayerische-chemie.de)

## Taripolitische Schwerpunkte

Ein Blick in die Tariffandschaft zeigt, dass das Verhandlungsklima in einigen Branchen deutlich rauer geworden ist. Die Bereitschaft, eigene Forderungen durch Streiks durchzusetzen, steigt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Rechtsprechung einen seit Jahrzehnten gültigen Grundsatz aufgegeben hat: den Grundsatz der Tarifeinheit, d.h. „ein Betrieb – ein Tarifvertrag“. Als eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft hat sich die Tarifaufonomie bewährt. Eine funktionierende Tarifaufonomie baut aber immer auch darauf, dass nach einer Zeit des Verhandeln eine Zeit des Betriebsfriedens folgt. Dass Verhandlungen auch ohne Streiks auskommen können, haben die Tarifvertragsparteien in der chemischen Industrie nunmehr über 40 Jahre hinweg eindrucksvoll gezeigt. Andere Branchen sind von dieser besonderen Vertrauenskultur und Sozialpartnerschaft teilweise noch weit entfernt oder noch immer in branchentypischen Ritualen gefangen. Hier muss jeder seinen eigenen Weg finden. Was jedoch nicht sein kann, ist, dass der soziale Friede in unserem Land, die Wettbewerbsfähigkeit und damit auch Arbeitsplätze durch einige wenige Spartengewerkschaften gefährdet werden, die nur eine Minderheit der Arbeitnehmer vertreten, aber durch ihren Arbeitskampf eine Vielzahl Unbeteiligter treffen. „Englische Verhältnisse“ – d.h., ständige Streiks statt Sozialpartnerschaft und Betriebsfrieden schaden dem Standort Deutschland. Der Gesetzgeber ist daher dringend aufgerufen, hier Klarheit zu schaffen und die Tarifeinheit gesetzlich zu regeln. Die in der chemischen Industrie gelebte Sozialpartnerschaft ist dabei alles andere als ein „Schmusekurs“, durch den unterschiedliche Interessen einseitig oder mit faulen Kompromissen geregelt werden. Sie ist eine innere Haltung im Umgang mit möglichen Konflikten auf Augenhöhe. Sie baut auf Vertrauen, gegenseitigen Respekt, gemeinsamen Gestaltungswillen und der Erkenntnis, dass man im globalen Wettbewerb nur gemeinsam bestehen kann. Die Bereitschaft und Fähigkeit zum Kompromiss ist daher für beide Seiten überlebenswichtig. Die Chemie-Sozialpartnerschaft und ihre innovative und flexible Tarifpolitik gehören zum Fortschrittlichsten, was der Tarifsektor zu bieten hat. Beide haben dazu beigetragen, Krisen zu überwinden und im internationalen Wettbewerb zu bestehen – ihnen gehört die Zukunft.

Eine der größten Herausforderungen ist dabei der demografische Wandel. Die Belegschaften in den Unternehmen werden älter, die Zahl der unbesetzten Stellen erfolgskritischer Fachrichtungen nimmt zu und die Bewerberzahlen auf unsere Ausbildungsstellen nehmen ab. Auch hier haben wir uns mit unserem Sozialpartner dem Thema Demografie früher gestellt als alle anderen. Mit Tarifverträgen zur Ausbildung, zur Altersvorsorge und zum flexiblen Übergang in den Ruhestand – insbesondere zur Lebensarbeitszeit – haben wir erste Antworten gegeben. In der letzten Tarifrunde haben wir gemeinsam weitere Schritte gewagt in Richtung Demografie-Arbeitszeitkorridore, Abkehr von einer starren Altersfreizeitregelung und hin zu einer lebensphasengerechten Gestaltung der Arbeitszeit. Auch wenn die Umsetzung im Einzelnen – denken wir an „RV 80“ – noch schwierig erscheint: Hier haben wir wichtige Weichenstellungen vollzogen und durch eine auf drei Jahre befristete Laufzeit die Möglichkeit eröffnet, Erfahrungen zu sammeln. Das Thema Demografie darf sich jedoch nicht nur in erster Linie auf die Frage konzentrieren, welche Möglichkeiten wir angesichts einer verlängerten Lebensarbeitszeit – Stichwort: „Rente mit 67“ – vor allem besonders belasteten Mitarbeitern bieten, einen vorgezogenen Ruhestand zu ermöglichen. Angesichts eines drohenden Fachkräftemangels geht es vielmehr auch darum, unsere Mitarbeiter gesund und leistungsfähig bis zum Ruhestand und darüber hinaus zu erhalten. Die Frage der Leistungs- und Einsatzfähigkeit bei verlängerter Lebensarbeitszeit wird neben der Frage, wie wir uns auch künftig ausreichend qualifizierten Nachwuchs sichern, in Zukunft einen weit größeren Platz einnehmen müssen als in der Vergangenheit.

## Die Nachhaltigkeitsinitiative „Chemie hoch 3“

Als „Industrie der Industrie“ gehört die Chemie zu den Schlüsselindustrien in Deutschland und der Welt. Die Chemie-, Pharma- und Kunststoffindustrie liefert innovative Produkte und Lösungen als Vorleistung für wichtige Wirtschaftszweige wie den Fahrzeug- und Maschinenbau, das Gesundheitswesen, die Elektrotechnik, den Bausektor oder die Landwirtschaft. Sie ist unverzichtbar, wenn es darum geht, die Herausforderungen der Zukunft in den Bereichen Gesundheit, Energieversorgung, Klimaschutz, Mobilität und demografischer Wandel zu lösen. Und sie ist unverzichtbar als ein wichtiges Schlüsselement im gesamten Industriernetzwerk und den damit verknüpften Wertschöpfungsketten – von der Großindustrie bis zum Mittelstand und Handwerk. Die Chemie leistet damit einen wesentlichen Beitrag für sichere Arbeitsplätze, zum Wohlstand und sozialen Frieden Deutschlands.

Der Schutz von Mensch und Umwelt sowie der Einsatz für gute und faire Arbeitsbedingungen sind Grundprinzipien ihres Handelns. Beispiele hierfür sind die Initiative „Responsible Care“ und die Sozialpartnerschaft, die ihresgleichen sucht. Hier knüpft „Chemie hoch 3“ an. Die Nachhaltigkeitsinitiative baut letztendlich auf dem sogenannten „Wittenberg-Prozess“ zwischen BAVC und IG BCE auf. Ziel des Wittenberg-Prozesses war es zum einen, das Verständnis und die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft zu erhöhen. Dies war nach den durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelösten Grundsatzdiskussionen um unser Wirtschaftsmodell dringend geboten. Zum anderen sollte durch eine gemeinsame Initiative von Arbeitgebern und Gewerkschaft die Chemie-Sozialpartnerschaft gestärkt und über den Generationenwechsel auf Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite getragen werden. Die Nachhaltigkeitsinitiative „Chemie hoch 3“ setzt diesen Weg konsequent fort. Dabei wird der Begriff „Nachhaltigkeit“ wie kaum ein anderer in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterschiedlich verwendet und gedeutet. Vor allem in der öffentlichen Diskussion wird Nachhaltigkeit meist mit „grün“ gleichgesetzt und nur als ökologisches Thema interpretiert und wahrgenommen. Es geht hier jedoch um viel mehr. Schon das gemeinsame Engagement von Wirtschaftsverband VCI, der Gewerkschaft IG BCE und dem Arbeitgeberverband BAVC unterstreicht, dass Nachhaltigkeit einen umfassenderen Ansatz erfordert und alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigt – Ökonomie, Ökologie und Soziales.

Wesentliches Ergebnis dieser gemeinsamen Initiative sind die „Leitlinien zur Nachhaltigkeit für die chemische Industrie in Deutschland“, die am 29. Mai 2013 vorgestellt wurden. Sie sind Leitbild und Kompass für Unternehmen und Beschäftigte, wenn es darum geht, Nachhaltigkeit weiter in ihr Geschäftsmodell zu integrieren und gemeinsam voranzubringen. Die Leitlinien decken dabei zwölf Handlungsfelder ab und wurden in einem intensiven Dialog mit den Mitgliedern von VCI, IG BCE und BAVC entwickelt und abgestimmt. Darüberhinaus waren wesentliche interne und externe Stakeholder der chemischen Industrie am Entstehungsprozess beteiligt. Ergänzt wurden die Leitlinien durch einen gemeinsamen Branchenbericht. Anhand von Beispielen, Daten und Fakten informiert er über Ziele, Leistungen und Lösungen der Chemiebranche und veranschaulicht den Beitrag der chemischen Industrie zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Nachhaltigkeitsinitiative „Chemie hoch 3“ steht jedoch erst am Anfang. Jetzt kommt es darauf an, die Leitlinien weiter mit Leben zu erfüllen.

Wenn es gelingt, auch in einen nachhaltigen Dialog mit denjenigen zu treten, die unserer Branche immer noch kritisch gegenüberstehen, dann besteht auch die Chance, Themen wie Gen- oder Nanotechnologie weniger emotional und stattdessen sach- und lösungsorientierter zu diskutieren. Denn bei diesen neuen Technologien geht es nicht nur um einzelne Produkte. Es geht um die technologischen Grundlagen für die nächsten Jahrzehnte.

# Industriestandort Deutschland und Bayern

Noch im Jahr 1999 titelte der Economist mit „The sick man of the euro“ und beschrieb Deutschland als „kranken Mann Europas“. Seit 2006 liegt – mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 – das Wirtschaftswachstum in Deutschland nun deutlich über dem Durchschnitt im Euroraum. Das Beschäftigungsniveau ist das höchste seit der Wiedervereinigung und das Haushaltsdefizit liegt bei nur 1 %. Genau 14 Jahre später titelt der Economist mit „The reluctant hegemon“, also „Vormacht wider Willen“, und das Forbes magazine spricht vom „neuen Wirtschaftswunder“. Was hat Deutschland richtig gemacht?

Während viele Nationen in der Vergangenheit ganz bewusst einen Wandel von der Industrie hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft vollzogen haben – z.B. Großbritannien im Finanzsektor – ist in Deutschland der Anteil der produzierenden Industrie an der Bruttowertschöpfung mit ca. 22 % weiterhin sehr hoch. In Bayern lag der Anteil des verarbeitenden Gewerbes in 2011 sogar bei 25 %. Diese Tatsache gemeinsam mit den Effekten der Agenda 2010 sind die Hauptgründe, weshalb Deutschland im europäischen Vergleich nach einer Finanz- und später Wirtschafts- und Schuldenkrise eine vergleichsweise gute Bilanz ziehen kann. Deutschland ist eine Industrienation. Unser Wohlstand, also stabile Sozialsysteme, ein gutes Bildungssystem, gute Kaufkraft in der Bevölkerung und am Ende auch Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und sozialer Frieden, ist abhängig von einer gewinnerwirtschaftenden, wertschöpfenden Industrie. Hier wird nachhaltig ein Steueraufkommen generiert, das die Staatsausgaben finanziert. Die Industrie sowie die nach- und vorgelagerten Dienstleistungsunternehmen bieten vielen Menschen gut bezahlte Arbeit und Lebensunterhalt. Eine demagogische Teilung in „Industrie“ und „Verbraucher“, wie wir sie teilweise bei der Energiewende erleben, ist daher nicht nur sachlich falsch, sondern vor allem kontraproduktiv im Hinblick auf die nötigen Veränderungen.

Denn trotz Deutschlands guter Zahlen entwickelte sich der Umsatz in unserer Branche 2012 gegenüber 2011 rückläufig. Außerdem findet seit langer Zeit eine schlechende Deindustrialisierung statt. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) liegt seit 2000 die Reinvestitionsquote der energieintensiven Branchen inklusive Chemie bei nur 85 %. Es wurden und werden jedes Jahr im Schnitt rund 15 % weniger investiert, als zum Erhalt der Substanz nötig wäre! Das ist eine Besorgnis erregende Entwicklung. Unternehmen aus vielen Branchen befürchten einen Geschäftsrückgang und weniger Innovationen, wenn Industriezweige wie die chemische Industrie an Bedeutung verlieren – so die Studie des IW.

Hauptgrund für diese Abwanderung sind sicher die Energiekosten. In Deutschland haben sie sich deutlich nach oben entwickelt, während sie beispielsweise in den USA deutlich gesunken sind. Weil auch die Errungenschaften der Agenda 2010 in Frage gestellt werden – Stichwort Mindestlöhne, Zeitarbeit, Equal Pay, Werk- und Dienstverträge –, entwickeln sich die Standortfaktoren für unsere heimische Industrie ganz klar in die falsche Richtung. Das Tückische ist, dass man die Effekte nur langsam sehen wird und vor allem erst, wenn es zu spät ist. Die derzeitige gute Gesamtlage ist auch durch Umstände wie niedrige Zinsen und die wirtschaftliche Schwäche unserer Nachbarn bedingt. Beides wird nicht so bleiben. Um im Wettbewerb der Regionen auch weiterhin an der Spitze zu stehen, müssen in Bayern und ganz Deutschland jetzt die Weichen richtig gestellt werden. Wir brauchen eine kluge und nachhaltige Industriepolitik, die ressortübergreifend die Belange der Industrie ernst nimmt, die gute Ausgangslage erkennt und sie als Basis für den Erhalt unseres Wohlstands versteht. Wir brauchen wieder mehr Wertschätzung für Wertschöpfung und verlässliche, langfristig gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen und Unternehmer in unserem Land.

## Mehr Wertschätzung für Wertschöpfung

Mehr Wertschätzung für Wertschöpfung heißt zunächst anzuerkennen, dass eine investierende und produzierende, also Wert schaffende Industrie, die auch Gewinne erzielt, der Wohlfahrtsfaktor Nummer Eins ist. In der politischen Diskussion und der öffentlichen Meinung muss dieses Verständnis wieder stärker etabliert werden. Dies bedeutet nicht, dass nicht auch ökologische, gesellschafts- und finanzpolitische Ziele verfolgt werden sollen – ganz im Gegenteil. Es muss nur wieder klar werden, wo das Geld für die Verfolgung dieser Ziele eigentlich herkommt. Und, dass die Erreichung dieser Ziele leichter ist, wenn sie gemeinsam mit der Industrie, nicht gegen sie verfolgt werden.

Seit Jahrzehnten zeigt die Sozialpartnerschaft in der chemischen Industrie, wie dies für den tarifpolitischen Bereich funktionieren kann. Mit der Nachhaltigkeitsinitiative „Chemie hoch 3“ wird nun noch mehr deutlich, dass die chemische Industrie diese Philosophie konsequent verfolgt und ernst meint. „Nachhaltig“ bedeutet eben nicht nur „ökologisch“, sondern auch „sozial“ und vor allem auch „ökonomisch“.

Die chemische Industrie hat innerhalb der Industrie eine Schlüsselfunktion. Einerseits ist die chemische Industrie an sich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Sie beschäftigt 434.300 Mitarbeiter und liegt in Deutschland – nach Automobil- und Maschinenbau – mit über 186 Mrd. € auf Platz drei im Umsatz. Andererseits ist sie, wie keine andere Branche, in die Wertschöpfungsketten anderer Industriezweige verwoben. Und die Innovationskraft, die für ein Hochlohnland wie Deutschland im internationalen Wettbewerb ein wichtiger Erfolgsfaktor ist, wird sehr stark von der chemischen Industrie katalysiert. Weltweit ist Deutschland die viertgrößte Chemienation hinter China, USA und Japan. Die chemische Industrie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein Innovationsmotor, also Wachstumsförderer für alle. Wenn wir die Deindustrialisierung stoppen und auch nach der nächsten Krise eine positive Bilanz ziehen wollen, brauchen wir nachhaltige Rahmenbedingungen für die chemische Industrie.

Was die Energiewende derzeit für die Energiekosten und Energieversorgungssicherheit der Unternehmen bedeutet, ist nicht nachhaltig, sondern gefährdet ernsthaft, was über Jahrzehnte gewachsen ist. Diese Politik darf nicht fortgeschrieben werden. Die Energiekosten in den USA liegen derzeit bei unter 50 % der hiesigen Preise bei vergleichbaren anderen Standortfaktoren.

Beim Standortfaktor Innovationskraft ist Deutschland in der ersten Liga und Bayern erst recht. Er ist einer der wichtigsten Gründe, warum sich Unternehmen trotz hoher Energiekosten noch für Deutschland und insbesondere für Bayern entscheiden. Diese Stärke muss erhalten bzw. ausgebaut werden. Gleichzeitig dürfen wir uns nicht aus rein ideologischen Gründen von bedeutenden Technologien, die Wachstum für unsere Unternehmen bedeuten würden, verabschieden. In den staatlich geförderten Innovationsthemen Biotechnologie/Gentechnik haben wir die industrielle Nutzung weitgehend verhindert. So etwas darf nicht wieder passieren.

Und wir dürfen nicht vergessen, dass die Standorte, mit denen Bayern konkurriert, nicht Sachsen, Baden-Württemberg oder NRW sind. Bayern konkurriert mit USA, Japan, China und anderen Industrienationen. Die anstehende Aufgabe lautet, die Standortfaktoren in Bayern weiter zu verbessern und Fehlentwicklungen wie in der Energiepolitik schnellstmöglich zu korrigieren. Unsere Standortfaktoren müssen in Summe wieder international wettbewerbsfähig werden. Und wir brauchen mehr Wertschätzung für Wertschöpfung! Hierfür setzen wir uns als die Bayerischen Chemieverbände ein.

In der jährlichen Bewertung von Industriestandorten durch das „World Economic Forum“ (WEF) gilt Deutschland als guter Industriestandort, hier wiederum nimmt Bayern einen vorderen Platz ein. Positiv wirken sich insbesondere die Qualität der Bildung und der Forschungseinrichtungen, das Engagement und die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Mitarbeiter sowie stabile politische Verhältnisse aus. Als besonders negativ fallen deutschlandweit die im internationalen Vergleich hohen Belastungen durch Steuern und allumfassende Regulierungen auf. Die Unternehmen sehen sich einem immer komplexer werdenden Umwelt-, Stoff- und Arbeitsschutzrecht gegenüber, basierend auf praxisfernen EU-Vorgaben, häufig verbunden mit nationalem Festhalten an bestehenden Regulierungen neben den EU-Vorgaben und dem Wunsch nach perfektionierter Kontrolle. Sehr viel personelle Kapazität bei Staat und Unternehmen, die an anderer Stelle Innovationen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung generieren könnte, wird dadurch gebunden.

Ein wesentliches Ziel unserer Verbandsarbeit ist es daher, unseren Mitgliedsunternehmen zu helfen, einfachere Wege bei der Bewältigung des administrativen Aufwands zu finden und sie bei der Umsetzung behördlicher Vorgaben zu unterstützen. In den Expertenkreisen des Verbandes tauschen Spezialisten aus den betroffenen Unternehmen hierzu Erfahrungen aus und werden für aktuelle Themen sensibilisiert. Beispiele sind die Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH, die neuen Kennzeichnungsvorgaben durch das GHS (Global Harmonized System) ebenso wie Fragen des Arbeitsschutzes und der Anlagensicherheit. Umwelt- und Energiethemen werden in den Verbandsarbeitskreisen erörtert und offene Fragen möglichst einer Klärung zugeführt. Auf dieser Basis können in der Regel auch mit den zuständigen Behörden kompetent Lösungsansätze zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben gefunden werden. Vor allem diesem Zweck dienen die vom Verband gemeinsam mit Vertretern aus den zuständigen Ministerien eingerichteten Expertendialoge, die als Troubleshooting-Kreis funktionieren. Derzeit stehen neben REACH und GHS insbesondere die Anforderungen der IE-Richtlinie zu Industrieemissionen an, die im Mai 2013 in Deutsches Recht umgesetzt wurde. Sie bestimmt in Bayern etwa 1.300 Anlagen, ein erheblicher Teil davon in der Chemie, die dadurch überwachungspflichtig sind. Sie sieht ferner auch einen Ausgangsstandsbericht des Bodens (AZB) vor, der bei Anlagenänderungen und Neugenehmigungen vorzulegen ist. Sowohl zur Anlagenüberwachung als auch zum AZB beginnen derzeit Pilotprojekte, gemeinsam durchgeführt mit den zuständigen Behörden, um so geeignete Lösungswege zu erkennen und ein pragmatisches Vorgehen zu ermöglichen. Neben diesen durch EU-Recht vorgegebenen Pflichten bleiben in Bayern aber rund 7.000 weitere genehmigungsbedürftige Anlagen aus der alten nationalen Rechtsetzung, die entgegen einer im Umweltpakt vereinbarten Eins-zu-eins-Umsetzung von EU-Recht nicht aus der Überwachungspflicht entlassen wurden. Allerdings sollen hier die Fristen für die Überwachungen deutlich auf fünf bzw. sieben Jahre verlängert werden. Im besonderen Fokus der Verbandsarbeit steht die Zukunft des Standortes Bayern. Zukunftsthemen sind derzeit insbesondere die sichere und wettbewerbsfähige Versorgung mit Energie und Rohstoffen sowie die Ausbildung qualifizierter Mitarbeiter. Zur Energieversorgung hat sich unser Vorsitzender, Herr Dr. von Au, wiederholt klar geäußert. Zum Thema Nachwuchssicherung fanden Veranstaltungen an Schulen und Universitäten sowie zur Lehrerfortbildung (Stichwort „Chemiekiste“) statt. Auch sei hier beispielhaft das Verbandsengagement im Graduiertenkolleg BayReChem 2050 zur „Rohstoffversorgung für die chemische Industrie“ am Wissenschaftszentrum Straubing genannt. Mit finanzieller Unterstützung durch den Verband erforschen zwölf Doktoranden Möglichkeiten einer erweiterten Rohstoffbasis für die chemische Industrie Bayerns.

Ein wettbewerbs- und zukunftsfähiger Industriestandort erfordert auch eine Modernisierung der Arbeitswelt, um den besonderen Herausforderungen der Globalisierung, Digitalisierung, Individualisierung, demografischen Entwicklung und konjunkturellen Volatilität gerecht zu werden. Es reicht nicht aus, moderne Tarifverträge abzuschließen, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen, hier insbesondere das Arbeits- und Sozialrecht, mit dieser zukunftsweisenden Entwicklung nicht Schritt hält.

Die derzeit von den Oppositionsparteien ins Gesetzgebungsverfahren eingebrachten Vorschläge zu Mindestlohn, Bekämpfung des Einsatzes von Dienst- und Werkverträgen, Antistressverordnung oder zuletzt Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung gehen eindeutig in die falsche Richtung. Hier wird verkannt, was wirklich erforderlich ist. Um im internationalen Wettbewerb die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern, sind nicht mehr Mitbestimmung, mehr Bürokratie und eine Einschränkung der Entscheidungsfreiheit von Nöten. Was wir brauchen, ist ein modernes und flexibles Arbeitsrecht, das die Unternehmen nicht zusätzlich und unnötig in der Wahrnehmung ihrer Chancen behindert. Dass dies nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen muss, beweist die tägliche Praxis in der chemischen Industrie.

Die fortschreitende Globalisierung macht es unerlässlich, dass grenzüberschreitende Arbeitsleistungen gefördert werden. Dies bedeutet, dass die Entsendung von Arbeitnehmern vereinfacht und das Zuwanderungsrecht auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung in Deutschland den Bedürfnissen des hiesigen Arbeitsmarktes angepasst werden muss. Der Einsatz moderner Kommunikationsmittel und die damit verbundenen Möglichkeiten – Stichwort „Digitalisierung“ – erfordern eine zeitgemäße Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene muss gewährleisten, dass z.B. der Datentransfer in Konzernen erleichtert wird und beim Datenschutz betriebliche Regelungen Vorrang haben vor gesetzlichen. Auch die schnelle Reaktion auf konjunkturelle oder strukturelle Krisen ist Voraussetzung für den Erhalt von Arbeitsplätzen im Hochlohnland Deutschland. Flexibilität durch Einsatz von Zeitarbeit und arbeitsteilige Produktionsprozesse im Rahmen von Dienst- und Werkverträgen ist hierfür unverzichtbar. Der verantwortungsvolle Gebrauch dieser Instrumente und die Entscheidungsfreiheit über „make or buy“ müssen in arbeitsteiligen Wertschöpfungsketten erhalten bleiben. Einen Missbrauch dieser Instrumente lehnen auch wir ab.

Im VBCI werden diese Herausforderungen im Rahmen einer praxisorientierten und vertrauensvollen Arbeit in den jeweiligen Gremien und Arbeitskreisen erörtert. Beispielsweise wurden die Pläne der Europäischen Kommission in Bezug auf Eigenmittelvorgaben für Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung, die durch zusätzliche Belastungen in Milliardenhöhe zu einem existenzbedrohenden Angriff insbesondere auf die betriebliche Altersversorgung in Deutschland geführt hätten, im Sozial- und Personalpolitischen Ausschuss beraten und Stellungnahmen erarbeitet. Diese wurden in Zusammenarbeit mit dem BAVC im Rahmen des europäischen Gesetzgebungsprozesses eingebracht und führten auch dazu, dass die EU von ihrem ursprünglichen Vorhaben Abstand genommen hat. Ein weiteres Beispiel ist das Beschäftigtendatenschutzgesetz, das auf nationaler Ebene gestoppt werden konnte, bevor es faktisch zu einem Verbot der Datennutzung in vielen wichtigen Bereichen der Personalarbeit geführt hätte. Kern unserer Verbandsarbeit ist und bleibt jedoch, unsere Mitgliedsunternehmen in ihrer täglichen Arbeit zu unterstützen. Dies erfolgt in Form von tagesaktuellen Informationen, Schulungsveranstaltungen sowie einem breit gefächerten Seminarangebot. Darüberhinaus bieten wir eine bedarfsgerechte arbeits- und sozialrechtliche Beratung, Unterstützung bei Verhandlungen mit Betriebsräten sowie die Vertretung in allen Instanzen der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit.

## Wirtschaftliche Lage

Im Jahre 2012 haben sich die im ersten Quartal noch begründeten Erwartungen für ein weiteres Wachstum zunächst nicht erfüllt.

Vor dem Hintergrund des Rückgangs des weltweiten Wirtschaftswachstums, von Staatsschulden und Währungskrise in der EU und der Rezession in Südeuropa hat sich die bayerische Chemie in einem schwierigen Umfeld noch behauptet. Im Jahresdurchschnitt sank die Produktion chemischer Erzeugnisse in Bayern (ohne Pharma) um 4,5 % (deutschlandweit -2,6 %), der Umsatz reduzierte sich gegenüber 2011 um 2,2 % (deutschlandweit 0,3 %). Die chemische Industrie sowie die pharmazeutische Industrie zusammengekommen blieben in Bayern mit 16,7 Mrd. € um 0,3 % unter Vorjahresniveau. Der Exportanteil stieg um 0,6 % auf 9,9 Mrd. € und hat nun beinahe 60 % Anteil am Umsatz erreicht, der Inlandsumsatz sank um 1,7 % auf 6,8 Mrd. €. Signifikante Umsatzrückgänge zeigten sich bei Chemiefasern (-20,6 %, Ausland -21,7 %), bei anorganischen Grundstoffen und Chemikalien (-11,0 %, Ausland -6,7 %), bei Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermitteln (-4,0 %, Ausland -0,4 %) sowie bei Körperpflege und Duftstoffen (-2,7 %, Ausland -0,3 %). Gegen den Trend entwickelten sich die Umsätze bei Klebstoffen (+10,1 %, Ausland +18,3 %), organischen Grundstoffen und Chemikalien (+5,6 %, Ausland +13,3 %) und insbesondere bei pharmazeutischen Erzeugnissen (+16,1 %, Ausland +25,9 %). Die Pharmaproduktion in Bayern lag gegen den Bundestrend (-2,4 %) mit 9,1 Prozentpunkten im Plus. Dies ist auch einem gestiegenen Exportanteil zu verdanken.

Der Start in das neue Jahr 2013 verlief zögerlich. Hier belasteten vor allem die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und die weitere konjunkturelle Entwicklung in Europa, China und den Schwellenländern. Die 2012 beobachtete Zunahme bei den Beschäftigten setzte sich mit +1,9 % im ersten Quartal 2013 in der Chemie aber fort, während in der pharmazeutischen Industrie im gleichen Zeitraum 3,7 % weniger Mitarbeiter beschäftigt waren. Deutlich fielen die Rückgänge beim Gesamtumsatz aus. Die Chemie kam noch auf 3,5 Mrd. €, das bedeutet -4,7 %, während Pharma auf 460 Mio. € Umsatz kam, das bedeutet -9,4 %. Auch das Auslandsgeschäft ging zurück, in der Chemie um 4,0 % auf 2,2 Mrd. €, in der pharmazeutischen Industrie Bayerns um 14,8 % auf 223 Mio. €. Die Hoffnungen stützen sich auf die Frühjahrsmonate, die in einzelnen Bereichen Verbesserungstendenzen zeigen. Dabei sind die Belastungen allerdings nicht weniger geworden. So sind nach wie vor Arzneimittel mit einem Zwangsraabatt für die gesetzlichen Kassen und einem Preismoratorium belastet. Unsicherheiten resultieren aus Strafzöllen gegenüber China und den entsprechenden Gegenreaktionen, die die Exportnation Deutschland und Bayern erheblich belasten könnten. Dabei wird oft vergessen, welche negativen Einflüsse derartige Strafmaßnahmen auf die gesamte Wertschöpfungskette gerade auch in Deutschland haben können, wie das Beispiel Solar zeigt. Und schließlich tragen die Diskussionen zur Energiewende und Lähmungen in der Politik durch den beginnenden Wahlkampf auch nicht gerade zur Stabilisierung bei. Für die Sicherung des Standortes der chemischen Industrie in Bayern ist es erforderlich, dass die Rahmenbedingungen weiter verbessert und nicht z.B. durch zusätzliche Kosten beim Energieeinsatz belastet werden.

Die Chemie will und muss ihre Innovationskraft weiterentwickeln, dazu ist auch eine steuerliche Forschungsförderung unverzichtbar. Und es genügt auch nicht, mit teurem Forschungsaufwand in bayerischen Universitäten und Forschungseinrichtungen in Pflanzengenetik, Nanotechnik usw. zu forschen, wenn die Erkenntnisse daraus in anderen Ländern in Produkte und Wertschöpfung umgesetzt werden. Um dem gegenzusteuern, unterstützen die Bayerischen Chemieverbände insbesondere das bayerische Chemie-Cluster und haben hier die Zusammenarbeit intensiviert.

## Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Hans Seidl, Grünwald  
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

## Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München (Vorsitzender)

Prof. Dr. Aldo Belloni, München  
Albert Franz, Obernburg  
Claus Haberda, Penzberg  
Peter Kurz, Fürth  
Prof. Dr. Rudolf Staudigl, München  
Dr. Peter Umfug, München (bis März 2013)  
Dr. Alois Virag, Burghausen  
RA Walter Vogg, München (seit April 2013)

## Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Jens Abromeit, Hallstadt  
Dr. Josef Ertl, Ismaning  
Stefan Greger, Trostberg  
Klaus Kamhuber, Trostberg  
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen  
Karl Strummer, Vohburg

## Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

RA Walter Vogg, München (Vorsitzender bis Sept. 2013)

Paul Altmann, Schwandorf  
Christian Beuth, Trostberg  
Robert Brüstl, Gersthofen  
Dr. Heinrich Dageförde, Bobingen  
Rolf Flügel, München  
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig  
Dr. Guy Gansfort, Ismaning  
Michael Grimbs, Pullach  
Walter Haunberger, Burghausen  
Lothar Heißenberg, Haar  
Edeltraud Holl, Burghausen (bis Dez. 2012)  
Heinz Jahreiß, Bad Berneck  
Klaus Kamhuber, Trostberg  
Hannes Kauper, Nürnberg  
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl  
Peter Knoll, Fürth  
Jochen Kübler, Neu-Ulm (bis Jan. 2013)  
Ludger Markmann, Neu-Ulm (bis Okt. 2012)  
Matthias Matz, Vohburg  
Ute Melcher, Pullach  
Volker Mletzke, München (bis Jan. 2013)  
Reinhard Pfiffner, Gersthofen  
Christina Pliml, Burghausen  
Erwin A. Pogacnik, Penzberg (bis Sept. 2012)  
Hansjörg Pohl, Unterschleißheim  
Stephan Roth, München  
Günther Steinmetz, Hallstadt  
Barbara Strasser, Obernburg  
Jochen Volbracht, Burgkirchen  
Engelbert Zehentmaier, Burghausen

## Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Jens Abromeit, Hallstadt  
Holger Amberg, Gersthofen  
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg  
Dr. Josef Ertl, Ismaning  
Thomas Gangl, Burghausen  
(bis Dez. 2012)  
Jörg Hettmann, München  
Erich Lackner, Trostberg  
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen  
Dr. Wolfgang Schnell, München  
Arne Schulle, Unterschleißheim  
Dr. Wolfgang Schumann, Geretsried  
Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm  
Dr. Wolfgang Stehle, Nürnberg  
Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg  
Gerhard Witzany, Schwandorf

## Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen  
Berndt Fritzsche, Essenbach  
Markus Fritzsche, Essenbach  
Stefan Greger, Trostberg  
Dr. Andreas Heidbreder, Illertissen  
(bis Dez. 2012)

Manfred Hoffmann, Neuburg  
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen  
Dr. Thomas Schnell, München  
Dr. Hans Jürgen Wernicke, Wolftratshausen  
(bis Juni 2012)

## Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München  
Dr. Helmut Gruber, Burghausen  
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus  
Dr. Fritz Hartl, Gräfelfing  
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Pullach  
Dr. Werner Kalb, München  
Dr. Jürgen F. Kammer, München  
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß  
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg  
Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg  
Rudolf Ribka, Walberberg  
Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld  
Rudolf Schleicher, Icking  
Dr. Hans Seidl, Grünwald  
Dr. Albert Thallofer, Neusäß  
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

## Arbeitskreis / Vorsitz

**Berufsausbildung (VBCI)** Dr. Michael Wieser, Burghausen  
**Umweltfragen (VCI-LV)** Dr. Dieter Gilles, Burghausen  
**Energiepolitik (VCI-LV)** Dr. Ralph Ottlinger, Ismaning  
**Forschung (VCI-LV)** Claus Haberda, Penzberg

## Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dr. Hans Dieter Braun, Stulln

## Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Berndt Fritzsche, Essenbach

## Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer:  
RA Walter Vogg (seit April 2013)  
Dr. Peter Umfug (bis März 2013)

Geschäftsführer (VBCI):  
Dr. Markus Born (seit Feb. 2013)  
RA Stefan Mößner

Geschäftsführer (VCI-LV):  
Dr. Markus Born (seit Feb. 2013)  
Dr. Josef L. Geller

Referenten:  
Dr. Roland Appel (seit Feb. 2013, Chemie-Cluster)  
RA Florian Ender (seit Juli 2013)  
RA Peter Fürnthaler  
RAin Christiane Hönig-Achhammer  
RAin Jana Kraus (seit Dez. 2012)  
Peter Renner (bis Jan. 2013)  
Robert Schuder  
RAin Ursula Spieler  
Kwam Walton